

IDA-Infomail

Nummer 3

Juni 2019, 20. Jg.

Editorial	S. 1
Neues von IDA und IDA-NRW	S. 2
Vielfalt-Mediathek	S. 5
Mitgliedsverbände	S. 7
Aktion, Information	S. 11
Literatur	S. 21
Seminare, Tagungen	S. 25
Impressum	S. 29

Editorial

„Europa. Die beste Idee, die Europa je hatte“, schreiben die Grünen auf einem Wahlplakat. Die SPD wirbt mit dem Hashtag „#Europaist-dieAntwort“. Und die CDU verkündet „Unser Europa gibt Sicherheit“ und „Unser Europa schafft Wohlstand“.

Aber wenn Europa die Antwort ist, was war nochmal die Frage? Dieser Hype um Europa, den wir in einer überspitzten Form während des Europawahlkampfes erleben durften, wirft gerade aus einer rassismuskritischen Perspektive einige Fragen auf: Wer ist dieses Europa und wer darf eigentlich dazugehören?

Im Zuge der rassistischen Pogrome Anfang der 1990er Jahre wurde in Deutschland die Drittstaatenregelung verabschiedet. Hiernach werden Menschen, die in der Bundesrepublik Asyl suchen, jedoch über Länder einreisen, in denen keine politische Verfolgung stattfindet, nicht als Asylberechtigte anerkannt. Auf europäischer Ebene galt ab 1995 das Schengener Durchführungsübereinkommen, das faktisch die deutsche Drittstaatenregelung übernahm. Seither haben sich die Asylgesetze immer weiter verschärft, Grenzzäune wurden gebaut (um Melilla, in Ungarn, zwischen der Türkei und Bulgarien) und die EU kooperiert mit Despotenregimen, um sich flüchtende Menschen so weit wie möglich vom Hals zu halten. Wir sehen, dass Europa es auf dem Mittelmeer in Kauf nimmt, tausende Menschen sterben zu lassen, weil die Seenotrettung unter Bruch des Völkerrechts so gut wie eingestellt ist, oder sie aus internationalen Gewässern ebenfalls

unter Bruch des Völkerrechts nach Libyen schickt, wohlwissend, dass Menschen dort nur inhaftiert, Folter und Misshandlung ausgesetzt sind, weil sie es gewagt haben zu migrieren. Im Grunde genommen ist es kaum noch möglich, (legalisiert) Asyl in Europa, geschweige denn in Deutschland zu beantragen. Menschen schaffen das nur, weil sie solche Entbehrungen und Gefahren auf sich nehmen. Die Früchte ihrer (teils illegalisierten) Arbeit wie Tomaten aus Italien, Kakao aus Ghana, Kaffee aus verschiedenen afrikanischen Ländern, Coltan aus dem Kongo sind willkommen. Menschen, die diesen Produkten folgen, aber nicht – sie dürfen nicht zu diesem Europa gehören.

Auch innerhalb Europas stellt sich die Frage, wer dazugehören darf? Sinti*zze und Rom*nja bspw. mussten jahrzehntelang für die Anerkennung des NS-Völkermordes kämpfen. Bis heute ist die Minderheit **Gadje-Rassismus** ausgesetzt. Was die AfD Sachsen 2018 in einer Anfrage forderte, ist in Italien bereits Regierungspolitik: die Erfassung aller Sinti*zze und Rom*nja. Dies ist nur ein Beispiel für den Umgang mit rassistisch diskreditierbaren Menschen im europäischen Alltag. Umso wichtiger ist es, den plumpen Europa-Hype mit Inhalten zu füllen. Anstelle der Logik der Abschottung muss eine Logik des Humanismus treten. Die EU, die europäischen Regierungen, wir alle müssen uns unserer Verantwortung für die Entwicklungen in dieser Welt stellen, anstatt sie abzuwehren.

Serçe Berna Öznarçıçığı und Sebastian Seng

IDA informiert:

■ Save the Date – IDA-Workshop Diversität „Diskriminierungssensible Beschwerdeverfahren in Jugendverbänden und Jugendbildungsarbeit“

Vom 20. bis 22. September im Naturfreunde-haus Hannover

In den letzten Jahren hat sich IDA auf den jährlichen Diversitätsseminaren immer wieder damit beschäftigt, wie Organisationen diskriminierungs- und differenzsensibel gestaltet werden können. In diesem Jahr wird ein Teilbereich dieser Frage im Mittelpunkt des Austauschs und der gemeinsamen Diskussion stehen:

Wie kann ein Bewusstsein dafür geschaffen werden, dass Beschwerdeverfahren gegen Diskriminierung notwendig sind, weil Diskriminierung eine gesellschaftliche Realität ist? Was gilt als Beschwerde? Welche Hürden gibt es, Beschwerdeverfahren wahrzunehmen? Wie können diese Hürden abgebaut werden? Wie kann die Wahrnehmung für Beschwerden, die Diskriminierung betreffen erhöht werden? Wie können Beschwerdeverfahren gegen Diskriminierung ausgestaltet sein? Was sollte beachtet werden? Welche rechtlichen Vorgaben gibt es? Wie lassen sich Verfahren etablieren, die Fälle berücksichtigen, die über justiziable Vorfälle hinausgehen, weil sie weder vom AGG noch anderen Gesetzen erfasst werden?

Außerdem soll ein Raum geschaffen werden, in dem die Teilnehmer*innen gemeinsam Ideen für die eigene Praxis entwickeln können. Eingeladen sind alle ehren- und hauptamtlichen Multiplikator*innen der Jugendverbands- und Jugendbildungsarbeit, die die Praxis in ihren Arbeitsfeldern reflektieren und verändern möchten. Eine offizielle Einladung und Ausschreibung wird noch versandt.

Info:

Sebastian Seng
Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e. V. (IDA)
Volmerswerther Str. 20

40221 Düsseldorf
Tel: 02 11 / 15 92 55 65
sebastian.seng@idaev.de
www.IDAeV.de

■ IDA-Fachtag „Neutralität‘ im Umgang mit Rechtspopulismus in der Jugendarbeit“

Am 19. Juni hat in Hannover ein weiterer Fachtag des IDA zum Umgang mit Rechtspopulismus in der Jugendarbeit stattgefunden. Während der gut besuchten Veranstaltung ging es zunächst um die Versuche der AfD das Gebot der Chancengleichheit von Parteien im politischen Wettbewerb auf die Empfänger*innen staatlicher Förderung zu übertragen. Der Verfassungsrechtler Friedhelm Hufen diskutierte die Frage, wann, in welchem Umfang und nach welchen Kriterien Empfänger*innen öffentlicher Mittel in diesem Sinne zu parteipolitischer Neutralität verpflichtet sind. Daneben wurden in Workshops und weiteren Vorträgen der Umgang mit dem politischen Framing sowie den Diskurs- und Diskussionsstrategien der AfD diskutiert. Diese Diskussion leitete über zu der Frage, wie Jugendverbände ihre Botschaften als Gegenentwürfe zu den Positionen des Rechtspopulismus emotional positiv aufladen können.

Ein ausführlicher Nachbericht folgt in der nächsten Infomail und auf unserer Webseite.

■ IDA unterstützt die Petition „Bleiberechte statt Ausgrenzung und Illegalität“

IDA unterstützt die vom Komitee für Grundrechte und Demokratie e. V. und medico international initiierte Petition „Bleiberecht statt Ausgrenzung und Illegalität“ zum 70.



IDA informiert:

Jahrestag des Grundgesetzes. Zu den Unterzeichner*innen und Erstunterzeichner*innen zählen Organisationen wie die Flüchtlingsräte, Wissenschaftler*innen, Schriftsteller*innen und Publizist*innen, die sich seit Jahren gegen Rassismus und für geflüchtete Menschen engagieren.

Sie fordern anlässlich des 70. Jahrestages des Grundgesetzes



den Zustand existenzieller Unsicherheit zu beenden, in dem hunderttausende Menschen in Deutschland oft über Jahre leben, weil sie entweder lediglich über ein prekäres oder über gar kein Aufenthaltsrecht verfügen. Deshalb fordern sie den Deutschen Bundestag bzw. den Petitionsausschuss anlässlich auf: Alle, die auf Dauer hier leben wollen, sollen zum 70. Jahrestages des Grundgesetzes ein Bleiberecht erhalten.

Geduldete und Illegalisierte sind als Studierende, Arbeitsuchende oder Geflüchtete eingereist. Ihr Visum ist abgelaufen oder ihr Asylantrag wurde abgelehnt. Sie leben mitten unter uns, arbeiten „illegal“ im Niedriglohnsektor oder ergänzen minimale Sozialleistungen durch Jobs als Putzkräfte, im Pflege-Bereich, in der Gastronomie und ähnliches. Viele werden Opfer von Ausbeutung durch Arbeitgeber*innen und Vermieter*innen. Eine angemessene medizinische Behandlung ist vielfach nicht gewährleistet. Nicht nur Erwachsene müssen jederzeit mit einer Abschiebung rechnen, sondern auch Kinder und Jugendliche, die Schulen besuchen oder eine Ausbildung absolvieren.

Die vollständige Petition inklusive Begründung ist nachzulesen unter <https://www.petition-bleiberecht.de/petition/>.

■ Neue Referentinnen in der Vielfalt-Mediathek und bei IDA-NRW

Ab Juni 2019 verstärkt Ina Klären als Projektreferentin das Team der Vielfalt-Mediathek. Nach einem Studium der Soziologie betreut sie nun den Konzept- und Wissenspool und macht über Facebook und den Newsletter auf die Angebote der Vielfalt-Mediathek aufmerksam. Ehrenamtlich engagiert sie sich im Kinder- und Jugendverband SJD – Die Falken.

Sie folgt damit auf Meltem Büyükmavi, die nun als Referentin der landesweiten Fachstelle für Rassismuskritik und Rechtsextremismus IDA-NRW Roxana Gabriel während ihrer Elternzeit in diesem und im kommenden Jahr vertreten wird. Ihre Arbeitsbereiche umfassen Online-Redaktion, Öffentlichkeitsarbeit, Betreuung des Elternberatungsnetzwerks in NRW und den inhaltlichen Ausbau der Webseite. Außerdem freut sie sich auf die Zusammenarbeit mit vielfältigen Multiplikator*innen und Organisationen in NRW sowie auf Einblicke in die politische Bildungsarbeit zu den Schwerpunkten Rassismuskritik, Rechtsextremismus und Antidiskriminierung.

Kontakt:

Meltem Büyükmavi

Tel: 02 11 / 15 92 55 77

meltem.bueyuekmavi@ida-nrw.de

www.ida-nrw.de

IDA-NRW informiert:

■ IDA-NRW-Jubiläumstagung „Allianzen bilden in der gespaltenen Migrationsgesellschaft?“ – Rückblicke, Einblicke und Ausblicke aus der rassismuskritischen Bildungsarbeit

27. September 2019 im Malkasten in Düsseldorf, 9:30 bis 17:30 Uhr

IDA-NRW begeht seine Jubiläumstagung „Allianzen bilden in der gespaltenen Migrationsgesellschaft?“ am 27. September 2019 in Düsseldorf. Die landesweite Fachstelle zu Rassismuskritik und Rechtsextremismusprävention gründete sich im Jahr 1994 nach dem rassistisch motivierten Brandanschlag auf das Haus der Familie Genç in Solingen im Mai 1993. Anlässlich seines 25-jährigen Bestehens veranstaltet IDA-NRW eine Jubiläumstagung zu Rückblicken, Einblicken und Ausblicken in der rassismuskritischen Bildungsarbeit.

Wir freuen uns auf den Vortrag von Prof. Dr. María do Mar Castro Varela und verschiedene spannende Workshops. Im Rahmen der Jubiläumstagung möchten wir Rassismus- und Antisemitismuskritik sowie Rechtsextremismusprävention zusammendenken und gleichzeitig Leerstellen, Spannungsfelder und Widersprüche problematisieren. Die Leitfrage wird sein, wie Allianzen geschaffen und gestärkt werden können, die die rassistischen Gewaltverhältnisse nicht nur benennen, sondern auch verändern.



Das vollständige Tagungsprogramm sowie die Anmeldemöglichkeit findet sich auf der Webseite unter <https://www.ida-nrw.de/veranstaltung/register/result/reguid/hmac/ida-nrw-jubilaumtagung-allianzen-bilden-in-der-gespaltenen-migrationsgesellschaft/>. Anmeldefrist ist der 6. September 2019. Der Teilnahmebeitrag beträgt 40 Euro einschließlich Getränke und Verpflegung.

Info:

IDA-NRW

Landesweite Fachstelle zu Rassismuskritik und Rechtsextremismusprävention
Volmerswerther Straße 20

40221 Düsseldorf

Tel: 02 11 / 15 92 55 5

Fax: 0211/ 15 92 55 69

Info@IDA-NRW.de

www.IDA-NRW.de

Neues aus unserer Vielfalt-Mediathek:

Die Vielfalt-Mediathek versammelt Materialien, die im Rahmen der Bundesprogramme „Demokratie leben!“ und der entsprechenden Vorläuferprogramme entstanden sind.

Sie wird regelmäßig um neue Materialien erweitert. Alle Publikationen, darunter Bildungsmaterialien, Trainingsordner, Audios und Videos können über die Webseite www.vielfalt-mediathek.de recherchiert oder heruntergeladen werden. Der Newsletter der Vielfalt-Mediathek präsentiert in jeder Ausgabe einen Themenschwerpunkt, neue Materialien, Veranstaltungstipps sowie Literaturhinweise. Zur Anmeldung [hier](#).



■ ARIC-NRW e. V. (Hg.): Praxisstudie Diskriminierungsrisiken & Diskriminierungsschutz für geflüchtete Menschen in NRW

2019, 54 S., Sachinformation, Broschüre

Ziel der vorgestellten Studie ist es, genauere Erkenntnisse über das Erleben von Diskriminierung geflüchteter Menschen zu erhalten. Die Ergebnisse sollen eine rassismuskritische, differenzsensible und intersektional ausgerichtete Beratungsarbeit, die sich am Empowerment geflüchteter Menschen orientiert, auch über NRW hinaus ermöglichen. Die Perspektiven geflüchteter Menschen als auch von Fachkräften der Sozialen Arbeit mit Geflüchteten wurden in der Studie berücksichtigt.

<https://www.vielfalt-mediathek.de/mediathek/6722/praxisstudie-diskriminierungsrisiken-diskriminierungsschutz-f-r-gefl-chtete-mens.html>

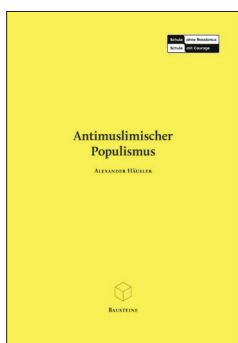


■ Pohlkamp, Ines/Rosenberger, Kevin (Hg.): Akzeptanz für Vielfalt von klein auf! Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in Kinderbüchern. Ein Rezensionsband für Fachkräfte in Kindertagesstätten

Göttingen, 2018, 116 S., Unterrichtsmaterial, Arbeitshilfe, Broschüre

Der Rezensionsband gibt einen theoretischen und fachlichen Input zum Thema der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt. Zudem werden 90 Kinder- und Bilderbücher rezensiert und Empfehlungen für einen geschlechtersensiblen Umgang in einem kindgerechten Umfeld gegeben.

<https://www.vielfalt-mediathek.de/mediathek/6732/akzeptanz-f-r-vielfalt-von-klein-auf-sexuelle-und-geschlechtliche-vielfalt-in-ki.html>



■ Bundeskoordination Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage (Hg.): Antimuslimischer Populismus. Rechter Rassismus in neuem Gewand

Berlin, 2019, 59 S., Sachinformation, Broschüre

Alexander Häusler stellt die Merkmale und Erklärungsansätze von antimuslimischem Populismus dar. Er untersucht zudem die Entwicklung antimuslimischer Organisationen und auf welche Weise sich der antimuslimische Rassismus in die „Mitte“ der Gesellschaft bewegt hat.

<https://www.vielfalt-mediathek.de/mediathek/6741/antimuslimischer-populismus-rechter-rassismus-in-neuem-gewand.html>



■ Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN) (Hg.): Rechtsextreme Ideologien im Natur- und Umweltschutz. Eine Handreichung

2018, 31 S., Sachinformation, Broschüre

Die Broschüre stellt verschiedene ökologische Themen vor, die Rechte und Rechtsextreme nutzen und instrumentalisieren, um ihre rassistische Ideologie zu verbreiten. Die Broschüre zeigt zudem auf, wie Natur- und Umweltschützer*innen sich gegen die Vereinnahmung von Themen und die Verbreitung von menschenfeindlichen Einstellungen positionieren können.

<https://www.vielfalt-mediathek.de/mediathek/6721/rechtsextreme-ideologien-im-natur-und-umweltschutz-eine-handreichung.html>

■ Neuer Podcast in der Vielfalt-Mediathek

Alternativmedizin und Rechtsextremismus

Existieren Denkschulen in der sogenannten Alternativmedizin, die antisemitische, rassistische und rechtsextreme Einstellungen gutheißen und auch explizit in ihre Heilmethoden bzw. Lehren einbinden? Der Podcast stellt sich diesen Fragen und versucht auch zu ergründen, warum solche Strömungen gar nicht so selten sind.

<https://www.vielfalt-mediathek.de/mediathek/6743/alternativmedizin-und-rechtsextremismus.html>

Die Vielfalt-Mediathek wird gefördert im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Aus den Mitgliedsverbänden:

■ **Stellungnahme der Pfadfinderinnenschaft St. Georg zum AfD Mädchenkongress**

Die Bundesvorsitzenden Janina Bauke und Ylva Pössinger erklärten zu einem für den 17. Mai 2019 geplanten aber verschobenen „Mädchenkongress“ der AfD-Bundestagsfraktion in Berlin, bei dem unter anderem die „Siegerehrung“ (sic) des Wettbewerbs „Mutige Mädchen“ stattfindet: „Für den Wettbewerb sollten Jugendliche ein Gedicht mit den Schlagworten „Zukunft“, „Frau/Mädchen“, „Sicherheit“ und „Deutschland“ einsenden. Dies löst bei uns, der Pfadfinderinnenschaft St. Georg, wie bei anderen Aktiven in der Mädchen*arbeit Verärgerung hervor.

In der Pfadfinderinnenschaft St. Georg organisieren sich seit über 70 Jahren Mädchen und Frauen. Unsere drei Standbeine sind „Wir sind Pfadfinderinnen“, „Wir sind katholisch“ und „Wir sind Mädchen und Frauen“ und wir verstehen diese drei Standbeine als Grundlage jeglichen pädagogischen Handelns. Pfadfinderische Gruppenarbeit mit Mädchen in der PSG will unter anderem Raum geben für die Entfaltung aller Fähigkeiten, die Entwicklung eines unabhängigen Selbstbewusstseins unterstützen und Rollenverhalten bewusst machen, kritisch hinterfragen und eine eigenständige, positive Geschlechtsidentität entwickeln. Unser Ziel ist, dass Mädchen und Frauen das, was sie sind, selbstbewusst in die Gestaltung der Gesellschaft einbringen, dort ihren eigenen Platz finden und so zu einer positiven Gesellschaftsveränderung beitragen.

Seit einiger Zeit beobachten wir mit wachsender Sorge den Anstieg anti-feministischer Diskurse und Bestrebungen die Errungenschaften im Bereich der Geschlechtergerechtigkeit rückgängig zu machen. Wir schließen uns

daher der Stellungnahme der Bundesarbeitsgemeinschaft Mädchenpolitik an, die deutlich die Empörung vieler Akteur*innen aus der bundesweiten Mädchen*arbeit zum Ausdruck bringt.



„Wenn eine Partei, die Diversität ablehnt, in binären, traditionellen Stereotypen denkt und handelt, eine Partei, die unter anderem rassistisch, sexistisch und homofeindlich argumentiert, dann stellt sich für uns als BAG Mädchenpolitik die Frage, was eine solche Partei mit einem „Mädchenkongress“ (u. ä. Aktionen und Kampagnen) bezwecken will? Vor dem Hintergrund der politischen Ausrichtung dieser Partei sehen wir, dass die AfD versucht, mit ihren parteipolitischen Zielen auf Mädchen* einzuwirken und politische Diskurse anti-feministisch zu verschieben.“ (Stellungnahme BAG Mädchenpolitik, 10.05.2019)

Wir als Pfadfinderinnenschaft St. Georg lehnen die nationalistischen, anti-feministischen und rassistischen Positionen und Bestrebungen der AfD klar ab, da sie in jeglicher Hinsicht unseren pfadfinderischen Grundlagen und unserer Pädagogik widersprechen. Unsere parteiiliche Mädchenarbeit ist nicht nur pädagogisches, sondern immer auch politisches Handeln. Pädagogik und Politik gehören für uns damit im Rahmen der Mädchen*arbeit untrennbar zusammen. Dazu gehört auch, sich in allen Bereichen der Gesellschaft öffentlich für eine Gleichstellung einzusetzen, die ungleiche Strukturen aufbricht und Gesellschaft verändert und neugestaltet.

Die Stellungnahme ist auch verfügbar unter <https://www.pfadfinderinnen.de/neu/stellungnahme-psg-zum-afd-maedchenkongress.html>.

■ aej-Projekt „Junge Muslime als Partner“ veröffentlicht Materialien für die Bildungsarbeit

Im Rahmen des Kooperationsprojekts „Junge Muslime als Partner – FÜR Dialog und Kooperation! GEGEN Diskriminierung!“ sind verschiedene Materialien für die jugendpolitische Bildungsarbeit entstanden, die vorurteilsfreie Zugänge zum Themenfeld „Jugend und Islam“ schaffen sollen. Die Materialien sind im Paket erhältlich. Ein Materialpaket enthalten einen Download-Code zum Kurzfilm „Bayram wie Weihnachten“ (ca. 23 Minuten), der auf nachdenkliche bis augenzwinkernde Art und Weise auf Alltagsrassismus und vermeintliche kulturelle Missverständnisse aufmerksam machen will. Darüber hinaus sind die Augmented Reality-App „Wen siehst Du?“ mit zugehörigen Spielkarten und die Broschüre „Jung, muslimisch, deutsch normal – Diskriminierungskritische Zugänge zum Thema Islam in der Jugendarbeit“ Teil des Materialpakets.

Mit Karten hat auch die zweite Neuerscheinung zu tun. Das Kartenspiel „Die Welt im Kaleidoskop“ rückt Situationen ins Bewusstsein, in denen Menschen im Globalen Norden täglich entscheiden müssen, wie sie gut und dabei nicht auf Kosten anderer Menschen und der Umwelt leben können. Etwa: Ich mache mir Sorgen wegen des Klimawandels, aber der nächste Kurzstreckenflug ist viel billiger als ein Bahnticket... Das Spiel regt zur Auseinandersetzung und zur Veränderung festgefahrener Perspektiven an, indem es solche Entscheidungssituationen mit Fragen des Menschseins kombiniert. Wie in einem Kaleidoskop ergeben sich dabei immer wieder neue Kombinationen von Fragen, die Alltägliche in neuem Licht erscheinen lassen und neue Perspektiven eröffnen.

Beide Materialien sind in der Edition aej er-



schiene und können gegen Versandkosten bestellt werden unter <https://www.evangelische-jugend.de/nc/publikationen/neuerscheinungen#c5822>.

■ Sportjugend Hessen fordert Bundeskanzlerin Merkel zu menschenrechtsbasierter Flüchtlingspolitik auf

Die Sportjugend Hessen unterstützt einen offenen Brief von über 250 Organisationen – PRO ASYL, Ärzte ohne Grenzen (MSF), Amnesty International, Sea-Watch, Seebrücke, Diakonie, Caritas, der Paritätische, Brot für die Welt, der Deutsche Gewerkschaftsbund und viele andere zivilgesellschaftliche Organisationen – an Bundeskanzlerin Angela Merkel, in dem diese

sich gegen das Sterben im Mittelmeer wenden und eine effektive Seenotrettung und das Ende von Rückführungen nach Libyen fordern. Als größter hessischer Jugendverband tritt



die Sportjugend Hessen mit ihrer Unterschrift für eine menschenrechtsbasierte Flüchtlingspolitik ein und fordert deren Neuausrichtung sowohl auf deutscher als auch europäischer Ebene.

Damit folgt die Sportjugend Hessen ihrer Jugendordnung, in der das Bekenntnis zu den Menschenrechten verankert ist. Gleichzeitig wünscht sie sich, dass mehr Sportorganisationen ihrem Beispiel folgen.

Die vollständige Meldung ist zugänglich unter <https://www.ds.j.de/news/artikel/sportjugend-hessen-16/>. Der offene Brief kann eingesehen werden auf <https://www.proasyl.de/pressemitteilung/mittelmeer-ueber-250-organisationen-fordern-angela-merkel-zum-handeln-auf/>.

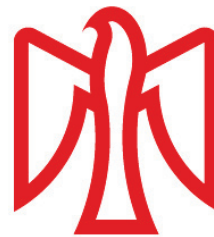
■ SJD – Die Falken kritisieren Umgang mit Morddrohungen aus der militanten Neonaziszene

Aus einer Pressemitteilung der SJD – Die Falken vom 25. Juni 2019

Erst jüngst erschienen Medienberichte über eine offene Morddrohung gegen David Janzen, Sprecher des Braunschweiger Bündnisses gegen Rechts, durch die örtliche Neonaziszene. Lasse Richei, Mitglied der rechtsradikalen Kampfsportgruppe „Adrenalin Braunschweig“, schrieb auf Instagram: „Heute Walter, morgen Janzen“. Der Bezug zum Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke, der mutmaßlich ebenfalls von einem Neonazi ermordet wurde, ist nicht zu übersehen. Schon zuvor hatte sich ein Mitglied der Gruppe öffentlich mit dem mutmaßlichen Täter solidarisiert und ihn als „Bruder in Haft“ bezeichnet.

Dabei sind Richei und „Adrenalin Braunschweig“ keine Unbekannten. Schon 2016 wurde Christopher Krauß als Mitarbeiter der SJD – Die Falken von Richei gemeinsam mit Pierre Bauer, einem verurteilten Nazischläger und weiterem führenden Mitglied der Gruppe, überfallen und verprügelt. Wenige Wochen später griffen sie Schüler*innen auf dem Gelände der Neuen Oberschule an und verletzten dabei einen Genossen der SJD – Die Falken so schwer, dass er wochenlang stationär im Krankenhaus behandelt werden musste. Zu dieser Zeit versuchten die Nazis mehrfach sich gewaltsam Zutritt zu den Räumlichkeiten des Verbands zu verschaffen und bedrohten die Jugendlichen im Haus. Die Vorgänge um die Morddrohung gegen David Janzen und die Angriffe auf die SJD – Die Falken werden Gegenstand der Sendung Panorama 3 sein, die [am 25. Juni] um 21.15 Uhr im NDR ausgestrahlt [wurde]. [...].

Anstatt dieses Problem jedoch ernst zu nehmen und neonazistische Straftaten konsequent zu ahnden, üben sich die staatlichen Behörden in apathischer Zurückhaltung. Im Falle



Sozialistische Jugend
Deutschlands –
Die Falken

der Morddrohung gegen David Janzen ließ die Braunschweiger Polizei lediglich verlauten, man solle solchen Aussagen keinerlei Beachtung schenken, um dem Hass der Neonazis die Plattform zu entziehen.

Die vollständige Pressemitteilung kann abgerufen werden unter <https://www.wir-falken.de/aktuelles/meldungen/10753389.html>.

■ SJD – Die Falken kritisieren den Gerichtsprozess gegen Nico Schreiber aus Nürnberg

Aus einer Pressemitteilung der SJD – Die Falken vom 24. Mai 2019

Am 27. Mai [fand] in Nürnberg der Gerichtsprozess gegen Nico Schreiber, Vorsitzender der Sozialistischen Jugend Deutschlands - Die Falken [Unterbezirk] Nürnberg, statt. Ihm wird vorgeworfen, bei einer Demonstration im Februar 2018 die Flagge der verbotenen HPG, des Kampfverbandes der ebenfalls verbotenen Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) gezeigt zu haben. Tatsächlich handelte es sich bei der Fahne jedoch gut erkennbar um das Symbol der nicht verbotenen YPG, die während des Krieges in Syrien einer der wichtigsten Akteure im Kampf gegen die Terrormilizen des Islamischen Staates war. Nicos und unsere Solidarität gilt selbstverständlich den kurdischen Aktivist*innen, die in der Region Rojava trotz aller Kriegswirren ein gesellschaftliches Projekt unter basisdemokratischer Selbstverwaltung aufgebaut haben, obwohl sie sich nicht nur gegen den Terrorismus der IS-Milizen, sondern auch die militärische Aggression seitens der Türkei

behaupten mussten.“

Die vollständige Pressemitteilung ist nachzulesen unter <https://www.wir-falken.de/aktuelles/meldungen/10745261.html>.

■ BDAJ unterstützt die Petition für einen Gedenkort in Köln-Müngersdorf

Der Bund der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland setzt sich dafür ein, dass in unmittelbarer Nähe zur Bundesgeschäftsstelle in Köln-Müngersdorf ein Gedenkort für das dortige ehemalige Deportationslager eingerichtet wird. Der BDAJ unterstützt deswegen eine entsprechende Petition.

Der Bürgerverein Köln-Müngersdorf hat gemeinsam mit dem NS-Dokumentationszentrum ein Konzept für einen Gedenkort am ehemaligen Deportationslager in Köln-Müngersdorf entwickelt. Bisher erinnert nur ein verwaister Findling an die über 3 000 deportierten



Jüdinnen*Juden aus Köln und Umgebung. Nun soll ein neuer Gedenkort deutlich wahrnehmbar für die gesamte Stadtgesellschaft in Köln an die dort begangenen NS-Verbrechen erinnern.

Die vollständige Mitteilung kann unter <http://www.aagb.net/index.php/aktuelles/nachrichten/218-petition-gedenkstaette-koeln> nachgelesen werden.

Bundesweite Aktionen, Informationen:

■ Save the Date „Vom FÜR zum MIT. Zugänge von jungen Geflüchteten in die Mitwirkungsstrukturen der Jugendverbandsarbeit“

Am 25. September 2019, in der FORUM Factory in Berlin, 16 bis 20:30 Uhr

Um jungen Geflüchteten langfristig Zugänge in die Angebote und Mitwirkungsstrukturen der Jugendverbandsarbeit zu schaffen, hat der Landesjugendring Berlin 2017 das Projekt „Vom FÜR zum MIT“ ins Leben gerufen. Vier Jugendverbände erarbeiten und erproben darin neue Konzepte und Formate, die junge Engagierte mit und ohne Fluchterfahrung zusammenbringen und die auf andere Jugendverbände übertragbar sind. Weitere Informationen zum Projekt finden sich unter <https://www.jung-gefluechtet-selbstbestimmt.de/vom-fuer-zum-mit.html>.



Im September wird zum Ende des Projekts eine Abschlussveranstaltung in Berlin stattfinden. In dieser Fachveranstaltung möchten wir die wesentlichen Projektergebnisse präsentieren und einen besonderen Fokus auf die Erfahrungen von und den Austausch mit jungen Engagierten mit und ohne Fluchterfahrung setzen. Neben einer Podiumsdiskussion zu der Frage, wie wir gemeinsam den aktuellen Herausforderungen, vor denen junge Menschen mit Fluchterfahrung derzeit stehen, begegnen können, wird das Deutsche Jugendinstitut seine Studie „Ankommen nach der Flucht“ vorstellen.

Eine offizielle Ausschreibung mit der Möglichkeit zur Anmeldung erfolgt Anfang August.

Info:

Landesjugendring Berlin e.V.

Jaqueline Kauka

Referentin für Jugendverbandsarbeit mit jungen Geflüchteten

Projektreferentin Jugendmigrationsbeirat Berlin

Obentrautstr. 57

10963 Berlin

Tel: 0 30 / 81 88 61 02

kauka@ljrberlin.de

www.ljrberlin.de

■ Bundeskabinett beschließt Haushaltsentwurf für 2020 - Leicht sinkende Ausstattung des Bundesprogramms Demokratie leben!

Das Bundeskabinett hat am 26. Juni den Entwurf für den Bundeshaushalt 2020 beschlossen. Danach sollen dem Bundesfamilienministerium im nächsten Jahr 11,8 Milliarden Euro zur Verfügung stehen. Das ist im Vergleich zum Vorjahr ein Anstieg um rund 1,136 Milliarden Euro. Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ wird entfristet und fortgeführt. Es geht ab 2020 in die zweite fünfjährige Förderperiode. Die ersten Förderaufrufe wurden veröffentlicht und die Interessenbekundungsverfahren sind gestartet. Für 2020 stehen für das Programm voraussichtlich 107,5 Millionen Euro zur Verfügung – das sind 8 Millionen Euro weniger als im laufenden Jahr.

Einzelheiten gibt das BMFSFJ in einer Pressemitteilung bekannt unter <http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/presse/pressemitteilungen/bmfsfj-soll-so-viel-geld-wie-noch-nie-bekommen--staerkung-von-familienfoerderung--vereinbarkeit-und-engagement/136882>.



VERBAND DER BERATUNGSSTELLEN FÜR
BETROFFENE RECHTER, RASSISTISCHER
UND ANTISEMITISCHER GEWALT E.V.

■ Opferberatungen fordern Paradigmenwechsel im Umgang mit Neonaziterror und rassistischer Gewalt

Aus einer Pressemitteilung des VBRG vom 20. Juni 2019

Der Kasseler Regierungspräsident Walter Lübcke (CDU) wurde ermordet, weil er für die Unteilbarkeit von universellen Menschenrechten eintrat und dem völkischen Weltbild der extremen Rechten und organisierten Rassisten öffentlich widersprach. Sehr viele Geflüchtete, für Menschenrechte und Demokratie Engagierte aus Zivilgesellschaft und Politik teilen die Erfahrungen von rechter Gewalt und Bedrohungen, die Walter Lübcke vor seinem Tod erlebt hat. [...].

Überlebende des NSU-Nagelbombenanschlags in Köln und mehrere Hinterbliebenen der NSU-Mordopfer hatten nach dem Urteil im Münchener Prozess vor einem Jahr kritisiert, dass die mangelhafte Aufklärung der neonazistischen Netzwerke weiteren Terror ermöglichen würden. Es sei höchste Zeit, dass nun „die Erfahrungen und Forderungen von Überlebenden rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt zum Leitfaden in der Bekämpfung von Rechtsterrorismus gemacht werden. Erst dann beginnt der dringend notwendige Paradigmenwechsel im Umgang mit rechter Gewalt“, sagt Olivia Sarma, Leiterin der hessischen Beratungsstelle response in der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt am Main. Es sei analytisch falsch und eine Missachtung der Opfer des NSU und der zahllosen Betroffenen rassistischen Terrors und rechter Angriffe, erst jetzt von einer neuen Dimension rechter Gewalt zu sprechen.

Die vollständige Pressemitteilung kann nachgelesen werden unter <https://www.opferbe->

[ratung-rheinland.de/aktuelles/detail/news/pm-des-vbrg-v-20619-opferberatungen-fordern-paradigmenwechsel-im-umgang-mit-neonaziterror-und-ra/](https://www.opferberatung-rheinland.de/aktuelles/detail/news/pm-des-vbrg-v-20619-opferberatungen-fordern-paradigmenwechsel-im-umgang-mit-neonaziterror-und-ra/).



■ Bundesverband Mobile Beratung analysiert Ergebnisse der Europa- und Kommunalwahlen

Die Mobilen Beratungen gegen Rechtsextremismus begleiten Bürger*innen dabei Wege zu finden, wie Demokratie und Menschenrechte in ihrem Lebens- und Berufsumfeld gestärkt werden können. Aus dieser Perspektive wirft der BMB einen analysierenden Blick auf die mit den Wahlerfolgen der AfD bei den Europawahlen und den Kommunalwahlen in zehn Bundesländern verbundenen gesellschaftlichen Entwicklungen. Darüber hinaus stellt er eine Übersicht zu den Wahlergebnissen für sieben Bundesländer, in denen auch kommunal gewählt wurde, aus der Perspektive der zuständigen Beratungsteams zur Verfügung. Nähere Informationen zu den EU- und Kommunalwahlergebnissen nach Bundesländern gelistet und aus Sicht der Mobilen Beratung analysiert, sind zu finden unter <http://www.bundesverband-mobile-beratung.de/2019/06/06/nach-den-wahlen-angriffe-werden-staerken-mobile-beratung-bietet-unterstuetzung/>.

■ Kritik an geändertem Staatsangehörigkeitsrecht

Der Verband binationaler Familien und Partnerschaften hat die Parlamentarier*innen des Deutschen Bundestags aufgefordert, der Verschärfung des Staatsangehörigkeitsrechts nicht zuzustimmen. Zu den bisherigen Anforderungen an eine Einbürgerung soll eine weitere

hinzukommen: „die Einordnung in deutsche Lebensverhältnisse“ und der Entzug der Staatsangehörigkeit wird vereinfacht. Zudem wird die „Einbürgerung auf Bewährung“ von 5 auf 10 Jahre verlängert.



**verband binationaler
familien und partnerschaften**

Der Verband kritisiert, dass der Rechtsanspruch auf Zugang zur

Staatsangehörigkeit „ohne Not aus fadenscheinigen sicherheits- und migrationspolitischen Erwägungen eingeschränkt“ werde. Die im Gesetzentwurf genannten „deutschen Lebensverhältnisse“ könnten nicht konkretisiert werden und würden Willkür Tür und Tor öffnen“, führt Stöcker-Zafari weiter aus. Wegen einiger weniger Fälle von Mehrehen, falschen Identitätsangaben oder Fällen, in denen Doppelstaatler*innen eine Beteiligung beim IS nachgewiesen werden konnte, werde die Mehrheit der neuen Staatsbürger*innen und ihre Familien unter Generalverdacht gestellt und stigmatisiert.

Die vollständige Pressemitteilung ist abrufbar unter https://www.verband-binationaler.de/presse/pressemitteilungen/presse-detailansicht/?tx_ttnews%5Btt_news%5D=201&cHash=c830f5eab499e0e9eb9bad284024e93d.



neue deutsche organisationen.

Die neuen deutschen Organisationen

(ndo) kritisieren die geplante Gesetzesänderung ebenfalls scharf. Sie haben einen Aufruf gestartet, der unter <https://neuedeutsche.org/de/aufruf/staatsangehoerigkeit/> eingesehen und unterstützt werden kann.

■ Attac-Urteil des BFH trifft weiteren gemeinnützigen Verein

Nach Informationen der Allianz für Rechtssicherheit für politische Willensbildung – einem Vereinsbündnis, das sich nach dem Attac-Urteil des Bundesfinanzhofs gebildet hat, um die

Gemeinnützigkeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen zu sichern, die Beiträge zur politischen Willensbildung leisten – hat das Attac-Urteil nun erste Auswirkungen auf weitere Vereine. Einem kleinen soziokulturellen Zentrum drohe die Aberkennung der Gemeinnützigkeit, nachdem das Bundesfinanzministerium das Attac-Urteil im Bundessteuerblatt amtlich veröffentlicht hatte, schreibt die Allianz. Das zuständige Finanzamt drohe dem örtlichen Verein nach der turnusmäßigen Prüfung der „tatsächlichen Geschäftsführung“ an, die Gemeinnützigkeit nicht zu bestätigen, und bezieht sich ausdrücklich auf das Attac-Urteil.

Das Finanzamt unterstelle dem soziokulturellen Zentrum, mit seinen Bildungs- und Kulturveranstaltungen „die öffentliche Meinung im Sinne eigener Auffassungen“ beeinflussen zu wollen. Dabei beschränke sich der Verein nicht auf „bildungspolitische Fragestellungen“ und betreibe politische Willensbildung nicht in „geistiger Offenheit“. Kritisiert werden nicht die Veranstaltungen selbst, die das Finanzamt gar nicht einschätzen kann, sondern die vom Zentrum postulierte politische Grundhaltung etwa zu einer hierarchiefreien Gesellschaft.

Eine Pressemitteilung zu dem Fall ist zu lesen unter <https://www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de/attac-urteil-trifft-weitere-vereine/>.

Gleichzeitig hat der Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND) einen Gesetzentwurf zur Änderung der Regelungen zur Gemeinnützigkeit in der Abgabenordnung veröffentlicht. Zum einen enthält der Vorschlag eine Demokratie-Klausel, die es ermöglichen soll, dass sich gemeinnützige Organisationen auch in begrenztem Umfang mit politischen Mitteln für andere steuerbegünstigte Zwecke als in ihrer Satzung verankert engagieren können. Zum anderen will der BUND weitere steuerbegünstigte Zwecke wie Frieden, Gleichberechtigung aller Geschlechter und Förderung der Menschenrechte einführen und den Zweck „allgemeine Förderung des demokratischen

Staatswesens“ konkretisieren.

Eine Pressemitteilung zu dem Vorschlag des BUND mit weiteren Links finden Interessierte unter <https://www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de/bund-gesetzesentwurf-gemeinnuetzigkeit/>.

■ Medienprojekt Wuppertal sucht Teilnehmer*innen für Videoprojekt über Hass und Beleidigungen im Netz

Gegenwärtig ist zu beobachten, dass sich Hetze, Hass und Diskriminierung im Internet immer weiter verbreiten – besonders in sozialen Netzwerken, Foren und Kommentarspalten.



► Medienprojekt Wuppertal

Inhaltlich soll in dem Filmprojekt sowohl das Phänomen der Hate Speech als auch individuelle Beleidigungen beim Cybermobbing und der aggressive Umgangston in der Internetkommunikation in den sozialen Netzwerken fokussiert werden.

Im Zentrum der Filme stehen die unterschiedlichen Wahrnehmungen und Erfahrungen der Jugendlichen hierzu und die Gefahren für ihren Lebensalltag. Die Teilnehmenden sind maßgeblich an der künstlerischen und inhaltlichen Umsetzung beteiligt. Die Filme sollen anschließend öffentlich im Kino präsentiert und auf DVD und per Stream für die Aufklärungs- und Präventionsarbeit genutzt werden.

Für das Projekt werden Teilnehmer*innen gesucht.

Info:

Medienprojekt Wuppertal

Daniel Hermann

Tel: 02 02 / 56 32 64 7

info@medienprojekt-wuppertal.de

www.medienprojekt-wuppertal.de

■ Woche gegen antimuslimischen Rassismus ist gestartet – Forderung nach Expert*innenkommission zu Antimuslimischem Rassismus

Die bundesweite Aktionswoche gegen antimuslimischen Rassismus startet am 24. Juni 2019 und endet am 1. Juli 2019. Am 1. Juli 2019,



dem Tag gegen antimuslimischen Rassismus, jährt sich zum zehnten Mal der Mord an der schwangeren Marwa El-Sherbini. Mit dem Hashtag #HassHatKeinHerz können sich Einzelpersonen und Organisationen online an der Woche gegen antimuslimischen Rassismus beteiligen.

Zum Tag gegen antimuslimischen Rassismus haben die CLAIM-Allianz und ihre Allianzpartner*innen einen offenen Brief veröffentlicht, in dem sie die Einrichtung einer Expert*innenkommission „Antimuslimischer Rassismus“ fordern. Die Kommission soll sich mit den Erscheinungsformen von antimuslimischem Rassismus befassen, eine Bestandsaufnahme zu Erscheinungsformen und Folgen von antimuslimischem Rassismus in allen politischen und gesellschaftlichen Bereichen durchführen und wissenschaftliche Expertisen zur Situation von Muslim*innen in Deutschland entwickeln und Handlungsstrategien entwickeln, die dem Phänomen antimuslimischer Rassismus etwas entgegensetzen und als konkrete Empfehlungen für Bund und Länder dienen. Sie soll einen umfassenden Bericht erarbeiten, der die Grundlage für die Bekämpfung von antimuslimischem Rassismus durch Bund, Länder und Zivilgesellschaft bilden soll.

Der offene Brief ist vollständig einsehbar auf <https://www.claim-allianz.de/aktuelles/news/offener-brief/>.

■ #HandinHand – Rettungskette für Menschenrechte

Das grenzüberschreitende zivilgesellschaftliche Projekt „#HandinHand – Rettungskette für Menschenrechte“ setzt sich für mehr Menschlichkeit und gegen das Sterben im Mittelmeer ein. Als konkrete Maßnahme ist dazu am 16. Mai 2020 eine über 1000 Kilometer lange Menschenkette von Hamburg bis ans Mittelmeer geplant. Laut den Initiator*innen aus Deutschland, Österreich und Italien soll die Menschenkette ein Zeichen gegen Menschenrechtsverletzungen im Mittelmeer, die europäische Abschottungspolitik, rassistische Ausgrenzung und für die Entkriminalisierung der zivilen Seenotrettung sowie ein europäisches Seenotrettungsprogramm setzen. Derzeit sucht die Initiative nach lokalen Partner*innen (Verbände, Vereine, Parteien, Gemeinden usw.), die die Betreuung von Teilabschnitten der Menschenkette übernehmen. Weiterhin werden Unterstützer*innen gesucht, die nicht unmittelbar an der Strecke liegen, aber dennoch – z. B. in Form von Öffentlichkeitsarbeit – mitwirken möchten.

Weitere Informationen zum Projekt sowie das Anmeldeformular für die Betreuung von Teilabschnitten finden Interessierte unter <http://www.rettungskette2019.de/>.

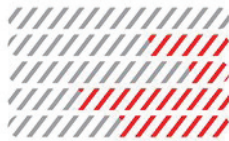
■ Finanzierung der Dachverbände der Betroffenen-, Aussteiger- und Mobilen Beratung für 2020 nicht gesichert

Der Bundesverband Mobile Beratung teilt mit: „Der Bundesverband Mobile Beratung (BMB) wurde Ende 2014 gegründet und konnte in den knapp fünf Jahren seines bisherigen Bestehens viel bewegen. Aktuell sind knapp 150 Berater*innen des noch jungen Berufsfelds der Mobilen Beratung Teil der BAG Mobile Beratung, die sich im Bundesverband organisiert. Sie stehen für 48 Teams/Kontaktstellen und 34 Träger in allen 16 Bundesländern.

Die Arbeit des BMB und der beiden anderen Dachverbände VBRG und BAG AzE steht allerdings vor dem Aus. Bisher gibt es keine Perspektive für eine Antragstellung in der zweiten Förderperiode des Programms „Demokratie leben!“. Dieser Fehler in der Programmkonstruktion muss korrigiert werden, um weiterhin mit starken Verbänden eine starke Beratungsarbeit vor Ort abzusichern – durch Austausch, Weiterentwicklung und Vernetzung.

Vor allem durch die finanzielle Projektförderung des BMFSFJ in „Demokratie leben!“ zur „Strukturentwicklung zum bundeszentralen Träger“ konnte dieser beispielhafte Aufbau fachlicher und länderübergreifender Vernetzung gelingen. Heute unterstützt der BMB Teams und Berater*innen durch Qualifizierungsmaßnahmen, durch Möglichkeiten für fachliche Reflexion und Austausch, durch Begleitung beim Aus- und Aufbau von Beratungsteams sowie durch eigene Ressourcen zur Professionalisierung des Arbeitsfeldes. [...] Der BMB ist bundesweit gut vernetzt mit Fachverbänden der Jugendhilfe, der Sozialen Arbeit, mit Institutionen und Verbänden der politischen Bildung, gewerkschaftlichen Einrichtungen, politischen Stiftungen und den Wohlfahrtsverbänden.

BUNDESVERBAND
MOBILE
BERATUNG



Wir begrüßen die Fortführung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ und die durch Ministerin Giffey mehrfach betonte Fokussierung auf Betroffenen-, Aussteiger- und Mobile Beratung in den Ländern. Hier wird tatsächlich ab 2020 mehr Geld zur Verfügung stehen, um vor Ort Engagierte und Betroffene unterstützen zu können. Umso irritierter sind wir über die aktuellen Signale aus dem BMFSFJ – offenbar

steht die Förderung der Dachverbände vor dem Aus. Die Verbände sind in den letzten Jahren zu einem wichtigen Akteur für die Beratungsteams vor Ort geworden.

Trotz vielfacher Gespräche zwischen dem BMFSFJ und den Dachverbänden gibt es bisher kein Angebot des Ministeriums, wie die Arbeit der Verbände über eine entsprechende Projektförderung ab dem 1.1.2020 abgesichert werden kann. In den bisherigen Planungen des BMFSFJ für die neue Programmphase von „Demokratie leben!“ ist an keiner Stelle eine aussichtsreiche Antragstellung für die Dachverbände vorgesehen. [...]

Wir bitten daher Ministerin Giffey, diesen Webfehler in der Neustrukturierung des Bundesprogramms zu korrigieren und die Arbeit der Dachverbände abzusichern. Der BMB arbeitet im Namen der durch ihn vertretenen Beratungsteams und Berater*innen konstruktiv an Lösungen mit und hofft weiterhin auf einen gemeinsamen Weg im Sinne der Arbeit für Demokratie und Menschenrechte.“

Die vollständige Erklärung steht online unter <https://www.bundesverband-mobile-beratung.de/2019/05/25/in-eigener-sache-starke-beratung-braucht-starke-verbaende/>.

■ Breites Verbändebündnis fordert „Klischeefreie Vielfalt in Kitas“

Ein breites Bündnis von mehr als 50 Verbänden, Gewerkschaften, Hochschulen und Organisationen fordert zum bundesweiten Aktionstag „Klischeefreie Vielfalt in Kitas“ am 5. Juni 2019 eine bessere politische Unterstützung, um den gestiegenen Herausforderungen von Kindertageseinrichtungen im Umgang mit der Heterogenität unserer Gesellschaft begegnen zu können.

Dazu sind aus Sicht des Bündnisses auch mehr personelle und finanzielle Ressourcen notwendig sowie eine konsequente Ausrichtung von pädagogischer Praxis als auch von Aus- und

Weiterbildung an den Vorgaben der UN-Kinderrechtskonvention und der UN-Behinderntenrechtskonvention. Darüber hinaus bedarf es auch auf gesellschaftlicher und politischer Ebene eines Verständnisses von Vielfalt als Bereicherung.

Informationen zum Projekt „bestimmt bunt – Vielfalt und Mitbestimmung in der Kita“ gibt es auf der Webseite www.kinderrechte.de/kita. Eine ausführliche Meldung ist zu finden auf <https://www.jugendhilfeportal.de/kindertagesbetreuung/artikel/breites-verbaende-buendnis-fordert-klischeefreie-vielfalt-in-kitas/>.

■ „Schweigen ist nicht neutral“ - Eine menschenrechtliche Betrachtung des „Neutralitätsgebots“ in der Schule

Wahlen oder kontroverse Bundestagsdebatten sind ein willkommener Anlass, politische Prozesse auch in der Schule zu erörtern. Aktuell sind jedoch viele Lehrer_innen verunsichert, was die Behandlung von Parteien und politischen Standpunkten betrifft: Wie sehr können sie sich positionieren, ohne das Neutralitätsgebot zu verletzen? Welche Bedeutung haben Begriffe wie Kontroversität aus dem Beutelsbacher Konsens? Sollen Lehrer*innen diskriminierende Äußerungen, die im Unterricht fallen, tolerieren oder einschreiten?



In seiner menschenrechtlichen

Bewertung des staatlichen Gebots der „Neutralität“ bzw. der Chancengleichheit der Parteien im Kontext Schule verdeutlicht das Deutsche Institut für Menschenrechte, dass politische Bildung nicht „neutral“ sein kann, wenn es um diskriminierende politische Aussagen und Programme. Außerdem, so das DIMR weiter, ist die Reflektion der eigenen Positionierung und Positioniertheit im Rahmen von Verhältnissen struktureller Diskriminierung und Privilegierung eine notwendige Voraussetzung dafür, dass Lernende ihre eigene Interessenlage ana-

lysieren und entsprechendes Handeln ableiten können.

Die vollständige Analyse ist zum Download abrufbar unter https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/Information/Information_25_Schweigen_ist-nicht-neutral.pdf.

■ DIMR nimmt Stellung zur Diskussion über Kopftuchverbote für Schülerinnen*

In jüngster Zeit mehren sich in Deutschland die Rufe nach einem generellen Kopftuchverbot für muslimische Mädchen an Schulen. Begründet werden diese Forderungen insbesondere mit dem Schutz vor geschlechtsspezifischer Diskriminierung sowie dem Schutz vor elterlichem Zwang. Dies sind gewichtige kinderrechtliche Positionen, die bei der Entscheidung über ein Kopftuchverbot zu berücksichtigen sind. Ausgangspunkt für die grund- und menschenrechtliche Bewertung eines Kopftuchverbots für Schülerinnen* ist die Religionsfreiheit von Kindern. Die Information stellt den Anwendungsbereich des Rechts auf Religionsfreiheit von Kindern aus Art. 14 UN-KRK dar und gibt eine kinderrechtliche Perspektive auf die aktuelle Debatte über Kopftuchverbote für muslimische Schülerinnen*. Die Analyse des Deutschen Instituts für Menschenrechte kommt zu dem Ergebnis, dass ein staatliches Verbot die grund- und menschenrechtlich garantierte Religionsfreiheit von Kindern verletzen würde und verweist auf das Grundgesetz und die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen.

Die vollständige Stellungnahme ist zu finden auf der Webseite des DIMR unter https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/Information/Information_26_Religionsfreiheit.pdf.

■ Fachkräfte-Umfrage des B-umF – Junge Flüchtlinge leiden häufiger unter Rassismus und Angst vor Abschiebungen

Der Bundesfachverband umF hat im Herbst 2018 eine Online-Umfrage unter 723 Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe zur Situation unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge durchgeführt, die nun ausgewertet vorliegt dass junge Geflüchtete häufiger unter Rassismus und Angst vor Abschiebungen leiden.

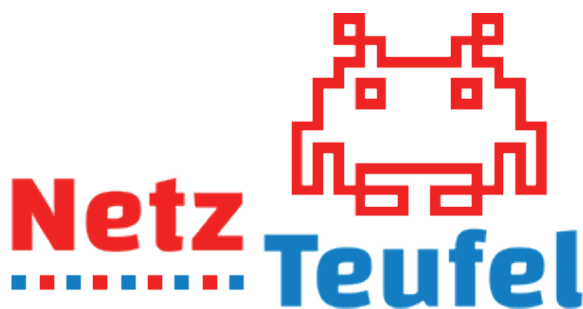


Der verschärfte gesellschaftliche und politische Diskurs gegenüber Geflüchteten schlägt sich negativ nieder. U. a. gaben mehr Fachkräfte als noch im Jahr 2017 an, dass Jugendliche oft oder sehr oft durch Rassismuserfahrungen belastet sind (2018: 33,4%, 2017: 26,5%) und das Jugendliche aus Angst vor Abschiebungen untertauchen bzw. abgänglich sind (2018: 50,9%, 2017: 46,3%).

Eine Zusammenfassung der Umfrage kann nachgelesen werden unter <https://www.jugendhilfeportal.de/fokus/junge-fluechtlinge/artikel/fachkraefte-umfrage-junge-fluechtlinge-leiden-haeufiger-unter-rassismus-und-angst-vor-abschiebungen/>. Die vollständige Version steht unter https://b-umf.de/src/wp-content/uploads/2019/05/2019_05_20_auswertung-bumf-online-umfrage-2018.pdf zum Download bereit.

■ #hopeSpeech – Materialien zum Thema zum Thema „Umgang mit Hass im Netz“

Die Evangelische Akademie zu Berlin hat ein Offline-Format zum Thema Hate Speech aus christlicher Perspektive als offenes Bildungsmaterial veröffentlicht. Der Workshop bietet eine Reihe von Hintergrundinformationen



sowie eine Präsentation zum Durchführen des Workshops. So können Multiplikator*innen in der Kinder- und Jugendarbeit den Workshop selbst anwenden, durchführen, weiterentwickeln oder sich einfach nur fortbilden. Zum Workshop gelangen Interessierte unter der Adresse <https://www.netzteufel.eaberlin.de/hopespeech-workshop/>.

■ Online-Quiz „Spurensuche – Was verbindet dich mit Afrika?“ zeigt globale Vernetzung und Machtverhältnisse auf

Das Online-Quiz „Spurensuche – Was verbindet dich mit Afrika?“ des Vereins „Gemeinsam für Afrika“ führt Jugendliche und Erwachsene auf spielerische Art an Afrika und Globales Lernen heran. Dabei geht es um Themen wie Rohstoffe, Sprachen u. v. m. Nach den ersten acht Quizfragen können alle Mitspielenden zeigen, was sie* oder ihn* persönlich mit den Menschen und Ländern in Afrika verbindet, und damit gleich weitere Punkte sammeln. Außerdem kann mensch eigene Fragen erstellen und damit die Mitspieler*innen herausfordern.

Das Online-Quiz steht zum Spielen bereit unter <http://spurensuche.gemeinsam-fuer-afrika.de/>.

■ Tandem NRW veröffentlicht Übungshandbuch für Peer-Education in der Rechtsextremismusprävention

Das Buch beinhaltet alle Übungen und Methoden, die Tandem NRW in den letzten Jahren über den Ansatz der Peer-Education getestet und die sich auch in der täglichen Arbeit im Bereich der Rechtsextremismusprävention

bewährt haben.

Darüber hinaus stellt Tandem NRW seine Präventionsverständnis und seinen Ansatz von politischer Bildung vor. Es werden eine Reihe von Begrifflichkeiten erläutert, die den Peer-Trainer*innen (und Fachkräften) als Hintergrundinformationen zu Schwerpunktthemen der Übungen unter die Arme greifen sollen. Neben ausführlichen Informationen zur Vorbereitung, Durchführung und Reflexion eigener Übungen und ganzer Workshops finden sich außerdem modifizierbare Methoden im Handbuch, die von Fortgeschrittenen selbstständig angeeignet werden können. Das Handbuch steht zum Download zur Verfügung unter <http://tandem-nrw.de/wordpress/>.

■ startsocial vergibt 100-Beratungsstipendien an soziale Initiativen

Unter dem Motto „Hilfe für Helfer“ schreibt startsocial den 16. bundesweiten Wettbewerb für ehrenamtliches Engagement aus. Bis zum 7. Juli 2019 können sich soziale Initiativen auf startsocial.de wieder für eines von 100 Beratungsstipendien bewerben. Mitmachen können alle, die soziale Probleme oder Herausforderungen mit Hilfe von Ehrenamtlichen anpacken. Informationen über die Teilnahmebedingungen stehen zur Verfügung unter <https://startsocial.de/aktuelles/2019-05/06-startsocial-wettbewerb-jetzt-bewerben>.

■ Bis zu 3.000€ Förderung für Projekte zu Diversität

Der Experiment e.V. hat unter seinem Jahresmotto „Wir sind bunt.“ bundesweit die „Experiment Challenge 2019“ ausgerufen. Hiermit sollen Projekte unterstützt werden, die unser Land positiv verändern. Wer eine Idee für ein Projekt hat, das zu einer offenen, toleranten und vielfältigen Gesellschaft in Deutschland beiträgt, kann sich bewerben und bis zu 3.000 Euro für die Umsetzung des Projektes gewinnen.

nen. Die Bewerbungsfrist endet am 30. Juni 2019. Mehr ist zu erfahren unter www.experiment-ev.de/challenge2019.

■ Partizipationspreis für Kinder- und Jugendparlamente sowie Jugendforen

Der Partizipationspreis „Jugend gestaltet Zukunft“ würdigt das gesellschaftliche Engagement von Kindern und Jugendlichen, die sich in Form eigener Ideen oder Forderungen für ihre Interessen einsetzen. Ihr Engagement wird als wichtiger Beitrag zur Förderung der Demokratie und einer familienfreundlichen Lebenswelt gewürdigt. Die Forderungen können durch Ausstellungen, Unterschriftenaktionen oder Demonstrationen artikuliert werden.

Teilnehmer*innen können sich selbst bewerben oder vorgeschlagen werden. Insgesamt wird ein Preisgeld in Höhe von 25.000€ vergeben. Der erste Platz erhält anteilig 10.000€, der zweite- und dritte Platz jeweils 7.500€. Bewerbungsfrist ist der 16. August 2019. Für Projektvorschläge durch Dritte ist die Bewerbungsfrist bereits abgelaufen. Genauer zur Bewerbung erfahren Interessierte unter <https://soziales.hessen.de/familie-soziales/kinder-und-jugendliche/kinderrechte-und-partizipation/partizipationspreis/partizipationspreis-alles-zur-bewerbung>.

■ Deutsche Postcode Lotterie fördert Projekte im Themenbereich Diversität

Die Deutsche Postcode Lotterie fördert gemeinnützige Projekte in den folgenden Kategorien:

- Chancengleichheit: Förderung gleicher Ausbildungs- und Aufstiegschancen aller Menschen, unabhängig von Geschlecht, Herkunft und sozialen Verhältnissen
- Natur und Umweltschutz: Förderung von Tierschutz, Nachhaltigkeit, Klimaschutz

und Erhalt der biologischen Vielfalt

- Sozialer Zusammenhalt: Förderung von gesellschaftlicher Integration und Entfaltung aller Menschen

Jene Projektideen, die besonders innovativ sind, können bis zum 15. Juli 2019 in Form einer Interessenbekundung unter <https://www.postcode-lotterie.de/projekte/interessensbekundung> eingereicht werden.

■ Amadeu Antonio Stiftung startet neue Förderkampagne „Zivilgesellschaft stärken – Ihr habt es in der Hand“



Die Amadeu Antonio Stiftung hat die Förderkampagne „Zivilgesellschaft stärken – Ihr habt es in der Hand“ ins Leben gerufen.

Ziel ist es, jene Initiativen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen vor den Kommunal- und Landtagswahlen zu unterstützen, die sich vor Ort für Demokratie, Gleichberechtigung und Minderheitenschutz einsetzen.

Die Initiativen sollten politische Bildung umsetzen und Menschen unterschiedlicher Herkunft, Generationen und Biographien zusammenbringen, in kommunalen Netzwerken agieren sowie Bürger*innen, Akteur*innen in Schulen, Kommunen und der Wirtschaft zur Zusammenarbeit motivieren, sich gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus einsetzen.

Das Programm beinhaltet insgesamt 100.000 Euro, wobei jedes Projekt mit bis zu 2.500 Euro laufend gefördert werden kann. Bei Engagierten, die mehr als 2.500 Euro an Förderung beantragen, entscheidet der Stiftungsrat der Amadeu Antonio Stiftung zweimal jährlich.

Antragsschluss ist jeweils zum 31. Januar und 31. Juli des Jahres. Genauer zur Antragstellung ist unter <https://www.amadeu-antonio.de>

nio-stiftung.de/foerderung/auswahlverfahren/ zu erfahren.

■ Stiftung EVZ fördert Begegnungen mit Zeitzeugen der NS-Zeit

Die Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ) fördert die Begegnungen von jungen Menschen mit Überlebenden des Nationalsozialismus. Dies können bspw. ehemals politisch Inhaftierte sein sowie Zwangsarbeiter*innen.



Eine Förderung können gemeinnützige Vereine und bürgerschaftliche Initiativen erhalten, die NS-Überlebende aus Mittel- und Osteuropa sowie aus Israel und den USA nach Deutschland einladen. Dabei werden pauschale Reisekostenzuschüsse als Festbetragsfinanzierung gewährt. Wenn Zeitzeug*innen eine Begleitperson benötigen, können für diese die Reisekosten zusätzlich übernommen werden.

Die Antragstellung ist laufend über ein Formular (<https://www.stiftung-evz.de/handlungsfelder/auseinandersetzung-mit-der-geschichte/>

[begegnungen-mit-zeitzeugen.html](#)) möglich, sollte aber sie mindestens 3 Monate vor Projektstart erfolgen.

Förderung durch das Deutsche Kinderhilfswerk

Das Ziel des Deutschen Kinderhilfswerk e. V. liegt darin, die Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen zu verbessern. Dabei steht die Mitbestimmung und Mitgestaltung der Kinder bei der Projektumsetzung stets im Mittelpunkt. Das Kinderhilfswerk vergibt sowohl Themen-



fonds (Antragsstichtag jeweils 31. März und 30. September des jeweiligen Kalenderjahres) als auch Länderfonds (Antragstellung laufend möglich).

Die Fördersumme liegt in der Regel bei maximal 5.000 Euro, in Ausnahmefällen wird eine finanzielle Unterstützung bis zu 10.000 Euro gewährt.

Informationen zu den einzelnen Fonds sind abrufbar unter <https://www.dkhw.de/foerderung/vorlagen-und-richtlinien/#c4635>.

Literatur und Materialien zu den Themen...

■ ... zum Thema Rechtsextremismus

Amadeu Antonio Stiftung (Hg.): „Reichsbürger“ und Souveränisten. Basiswissen und Handlungsstrategien, 2. vollständig überarbeitete Aufl., Berlin 2018

Bednarz, Liane: Die Angstprediger. Wie rechte Christen Gesellschaft und Kirchen unterwandern, München: Droemer, 2018

Botsch, Gideon/Raabe, Jan/Schulze, Christoph (Hg.): Rechtsrock. Aufstieg und Wandel neonazistischer Jugendkultur am Beispiel Brandenburgs (Potsdamer Beiträge zur Antisemitismus- und Rechtsextremismusforschung, Bd. 1), Berlin: be.bra wissenschaft, 2019

Bundeskoordination Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage (Hg.): Neuer Deutscher Extremismus*. Themenheft, Berlin 2019

Bundeskoordination Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage (Hg.): Rechtspopulismus. Themenheft, 4. aktualisierte und erweiterte Aufl., Berlin 2019

Fuchs, Christian/Middelhoff, Paul: Das Netzwerk der Neuen Rechten. Wer sie lenkt, wer sie finanziert und wie sie die Gesellschaft verändern, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Polaris, 3. Aufl., 2019

Häusler, Alexander: Antimuslimischer Populismus. Rechter Rassismus in neuem Gewand (Bundeskoordination Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage in Trägerschaft der Aktion Courage e. V. (Hg.): Bausteine, Bd. 7), Berlin 2019

Heine, Matthias: Verbrannte Wörter. Wo wir noch reden wie die Nazis – und wo nicht, Berlin: Duden, 2019 R

Keskinkılıç, Ozan Zakariya: Die Islamdebatte gehört zu Deutschland. Rechtspopulismus und antimuslimischer Rassismus im (post-)kolonialen Kontext, Berlin: Aphorisma, 2019

Lang, Juliane: Feminismus von rechts? Neue rechte Politiken zwischen der Forderung nach

Frauenrechten und offenem Antifeminismus. Ein Überblick über Ideologie, Akteure/Akteurinnen und Inszenierungsformen (CJD Nord, Büro Hamburg – Fachbereich Migration, Forschung und Beratung, Projekt Dekonstrukt (Hg.): Impulse 03), Hamburg 2018

Quent, Matthias: Rassismus, Radikalisierung, Rechtsterrorismus. Wie der NSU entstand und was er über die Gesellschaft verrät. Mit einem Vorwort von Tanjev Schultz, Weinheim/Basel: Beltz Juventa, 2. überarbeitete und erweiterte Aufl., 2019

Renn, Ortwin: Gefühlte Wahrheiten. Orientierung in Zeiten postfaktischer Verunsicherung (2. vollständig überarbeitete und aktualisierte Aufl. von „Zeit der Verunsicherung. Was treibt Menschen in den Populismus?“ erschienen 2017, Rowohlt, Reinbek), Opladen/Berlin/Toronto: Budrich, 2019

Röpke, Andrea/Speit, Andreas: Völkische Landnahme. Alte Sippen, junge Siedler, rechte Ökos, Berlin: Ch. Links, 2019

Schillo, Johannes: Die AfD und ihre alternative Nationalerziehung (edition pyrrhus), Ulm: Kemm+Oelschläger, 2019

■ ... zu den Themen Rassismus, Antisemitismus, Rassismuskritik

Amadeu Antonio Stiftung, No World Order. Handeln gegen Verschwörungsideologien (Hg.): Die Welt am Abgrund. Ein Planspiel zu antisemitischen Verschwörungstheorien, Berlin 2018

Amadeu Antonio Stiftung (Hg.): Was tun, wenn meine Organisation von Hate Speech betroffen ist (Flyer), Berlin 2018

Benz, Wolfgang: Alltagsrassismus. Feindschaft gegen „Fremde“ und „Andere“, Frankfurt a. M.: Wochenschau, 2019

Brumlik, Micha/Chernivsky, Marina/Czollek, Max/Peaceman, Hannah/Schapiro, Anna/ Wohl von Haselberg, Lea (Hg.): Jalta. Positionen zur jüdischen Gegenwart. Themenschwerpunkt:

Exile. Ein Kunstheft, Ausgabe No. 05, 1/2019-2/5779, Berlin: Neofelis, 2019

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) (Hg.): Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. Themenheft: Identitätspolitik, 69. Jg., 9-11/2019, 25. Februar 2019, Bonn 2019

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) (Hg.): Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. Themenheft: Polizei, 69. Jg., 21-23/2019, 20. Mai 2019

Endepohls-Ulpe, Martina/Ostrouch-Kamińska, Joanna (Hg.): Gender – Diversity – Intersectionality. (New) Perspectives in Adult Education, Münster/New York: Waxmann, 2019

Gahleitner, Silke Birgitta/Frank, Christina/Leitner, Anton (Hg.): Ein Trauma ist mehr als ein Trauma. Biopsychosoziale Traumakonzep-te in Psychotherapie, Beratung Supervision und Traumapädagogik, Weinheim/Basel: Beltz Juventa, 2015

Kimmich, Dorothee/Lavorano, Stephanie/Bergmann, Franziska (Hg.): Was ist Rassismus? Kritische Texte, Ditzingen: Reclam 2017

Lehmkuhl, Ursula/Schowalter, Lutz (Hg.): Translating Diversity. Concepts, Practices, and Politics (Diversity/Diversité/Diversität, Volume 4), Münster/New York: Waxmann, 2019

Re/Init e. V., Projekt TANDEM NRW – Toleranz fördern, Demokratie erfahren, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit abbauen (Hg.): „Was ist dir eigentlich wichtig...?“ Übungshandbuch für Peer-Education in der Rechtsextremismusprävention und Demokratieförderung, Recklinghausen 2019

Sen, Amartya: Gleichheit? Welche Gleichheit? Aus dem Englischen übersetzt und herausgegeben von Ute Kruse-Ebeling [Was bedeutet das alles?], Ditzingen: Reclam, 2019

Social Impact gGmbH (Hg): Projekt „Baut Eure Zukunft“. Toolboxen zur Demokratieförderung. Toolbox Rassismus, Potsdam o. J.

Stärck, Alexander: Ist das Hautfarbe? Elementarpädagogische Präventionsmaßnahmen gegen Vorurteile und Diskriminierung bei Kindern (promotion, Band 10), Opladen/Berlin/Toronto: Budrich, 2019

Süßebecker, Katrin: Sprache – Macht – Anerkennung. Ein Praxiskonzept zur Förderung von Sprachbewusstheit, Weinheim/Basel: Beltz Juventa, 2019

■ ... zu den Themen Migration und Migrationsgesellschaft

Angeli, Oliviero: Migration und Demokratie. Ein Spannungsverhältnis [Was bedeutet das alles?], Ditzingen: Reclam 2018

Ataman, Ferda: Hört auf zu fragen. Ich bin von hier! Frankfurt a. M.: S. Fischer, 2. Aufl., 2019

Bhabha, Jacqueline: Migration als Krise? Wie ein Umdenken möglich ist. Aus dem Englischen von Ursel Schäfer, Hamburg: Hamburger Edition HIS, 2019

Brandmaier, Maximiliane: Angepasstes und widerständiges Handeln in der Lebensführung geflüchteter Menschen. Handlungsfähigkeit im Verhältnis zu Anerkennung und (psycho-) sozialer Unterstützung in österreichischen Sammelunterkünften, Weinheim/Basel: Beltz Juventa, 2019

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Referat Steuerung der Projektarbeit, Integration durch Sport, Informationsmanagement (Hg.): Die Projektförderung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg 2018

Buttner, Peter im Auftrag des Deutschen Vereins für öffentliche private Fürsorge e. V. (Hg.): Grenzen überwinden: Perspektiven für die Integration Geflüchteter (ARCHIV für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit. Vierteljahrsheft zur Förderung von Sozial-, Jugend- und Gesundheitshilfe, 46. Jg., Nr. 4/2015), Berlin 2015

Cantzler, Constantin: Asylbewerberleistungsgesetz. Handkommentar (NomosKommentar), Baden-Baden: Nomos, 2019

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V./Lambertus (Hg.): Flüchtlingsrecht (Textausgaben zum Sozialrecht, Bd. 11), Berlin/Freiburg: Verlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge/Lambertus, 2. Aufl., 2018

IG Metall Vorstand, Ressort Migration und Teilhabe/IG Metall Bezirksleitung Küste (Hg.): Migrationsland D. Eine Handlungshilfe für Begegnung und Dialog. Werkstattausgabe, Frankfurt a. M./Hamburg 2019

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. (ISS e. V.) (Hg.): Migration und Soziale Arbeit. Themenheft: Zivilgesellschaftliches Engagement von Migrantinnen und Migranten, 41. Jg., Heft 1/2019, Weinheim: Beltz Juventa, 2019

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. (ISS e. V.) (Hg.): Migration und Soziale Arbeit. Themenheft: Integrationspolitik im europäischen und Mehrebenen-Vergleich, 41. Jg., Heft 2/2019, Weinheim: Beltz Juventa, 2019

Kehoe, S. Karly/Alisic, Eva/Heilinger, Jan-Christoph (Hg.): Responsibility for Refugee and Migration Integration, Berlin/Boston: de Gruyter, 2019

Oberhäuser, Thomas (Hg.): Migrationsrecht in der Beratungspraxis (NomosPraxis), Baden-Baden: Nomos, 2019

■ ... zum Thema Migrationspädagogik

Grimm, Marc/Schlupp, Sandra (Hg.): Flucht und Schule. Herausforderungen der Migrationsbewegung im schulischen Kontext, Weinheim/Basel: Beltz Juventa, 2018

Krüger, Simone: Muslime in der Sozialen Arbeit. Religiöse Quellen als Integrationshelfer? Hamburg: tredition, 2019

Müller, Peter (Hg.). Migranten erzählen. Fakten,

Probleme, Positionen. Für die Sekundarstufe (Texte und Materialien für den Unterricht), Ditzingen: Reclam 2018

NAJU (Naturschutzjugend im NABU) (Hg.): Zusammen wachsen. Aktiv mit jungen Geflüchteten – Hintergrundinfos und Praxistipps, Berlin, 2. Aufl. 2018

Özmen, Elif/Rösch, Anita (Hg.): Flucht und Migration. Fakten, Probleme, Positionen. Für die Sekundarstufe (Texte und Materialien für den Unterricht), Ditzingen: Reclam 2018

Ziehm, Jeanette/Voet Cornelli, Barbara/Menzel, Birgit/Goßmann, Martina (Hg.): Schule migrationssensibel gestalten. Impulse für die Praxis (Pädagogik), Weinheim/Basel: Beltz, 2019

■ ... zu den Themen Jugendarbeit und Jugendhilfe

Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland e. V. (aej) (Hg.): Materialpaket entstanden im Rahmen des Kooperationsprojekts „Junge Muslime als Partner – FÜR Dialog und Kooperation! GEGEN Diskriminierung (Ein Materialpaket enthält: QR-Code zum Download des Kurzfilms „Bayram wie Weihnachten“ / Broschüre „Jung, muslimisch, deutsch – normal! Diskriminierungskritische Zugänge zum Thema Islam in der Jugendarbeit“ / Spielkarten und kostenlose App „Wen siehst Du?“), Hannover 2018

Averbeck, Linda: Herausgeforderte Fachlichkeit. Arbeitsverhältnisse und Beschäftigungsbedingungen in der Kinder- und Jugendhilfe, Weinheim/Basel: Beltz Juventa, 2019

BUNDjugend NRW/Eine Welt Netz NRW, Projekt Einfach ganz ANDERS. Werde Weltbürger*in (Hg.): Klimaflucht. Wenn's zu heiß wird: Dem Fluchtgrund Klima auf der Spur. Aktionsheft, Soest/Münster 2019

Cloos, Peter/Fabel-Lamla, Melanie/Kunze, Katharina/Lochner, Barbara (Hg.): Pädagogische

Teamgespräche. Methodische und theoretische Perspektiven eines neuen Forschungsfeldes, Weinheim/Basel: Beltz Juventa, 2019

Deinet, Ulrich/Icking, Maria/Nüsken, Dirk/Schmidt, Holger: Potentiale der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Innen- und Außenansichten, Weinheim/Basel: Beltz Juventa, 2017

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V./Lambertus (Hg.): Recht der Kinder- und Jugendhilfe. SGB VIII mit anderen Gesetzen und Verordnungen (Textausgaben zum Sozialrecht, Bd. 3), Berlin/Freiburg: Verlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge/Lambertus, 3. Aufl., 2018

Glatz, Hans/Graf-Götz, Friedrich: Handbuch Organisation gestalten. Für Praktiker aus Profit- und Non-Profit-Unternehmen, Trainer und Berater, Weinheim/Basel: Beltz, 3. aktualisierte und erweiterte Aufl., 2018

IJAB - Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e. V. (Hg.): Forum Jugendarbeit International 2016-2018. Internationale Jugendarbeit – Zugänge, Barrieren und Motive, Bonn 2019

Klatetzki, Thomas: Narrative Praktiken. Die Bearbeitung sozialer Probleme in den Organisationen der Kinder- und Jugendhilfe, Weinheim/Basel: Beltz Juventa, 2019

Meißner, Sebastian/Roth, Sascha/Semper, Ina/Berkemeyer, Nils: Praxisbox Kollegiale Fallberatung. Herausforderungen in der Schule gemeinsam bewältigen, Weinheim/Basel: Beltz, 2019

Miethe, Ingrid: Biografiearbeit. Lehr- und Handbuch für Studium und Praxis (Grundlagentexte Methoden), Weinheim/Basel: Beltz Juventa, 3. durchgesehene Aufl., 2017

Müller, Kathrin/Gingelmaier, Stephan (Hg.): Kontroverse Inklusion. Ansprüche, Umsetzungen und Widersprüche in der Schulpolitik, Weinheim/Basel: Beltz Juventa, 2018

Scholz, Falk: Stärken-Schatzkiste für Kinder und Jugendliche (120 Impuls-Karten für ein starkes Selbstwertgefühl), Weinheim/Basel: Beltz, 2018

Social Impact gGmbH (Hg.): Projekt „Baut Eure Zukunft“. Toolboxen zur Demokratieförderung. Toolbox Demokratiebildung, Potsdam o. J.

Stenger, Ursula/Edelmann, Doris/Nolte, David/Schulz, Marc (Hg.): Diversität in der Pädagogik der frühen Kindheit. Im Spannungsfeld zwischen Konstruktion und Normalität, Weinheim/Basel: Beltz Juventa, 2017

■ **Fortbildung „Rassismuskritik & kritisches Weißsein – Ein Seminar zur Stärkung einer rassismuskritischen pädagogischen Haltung“**

Termin: 1. Juli und 9. September 2019

Ort: Essen

Info:

FUMA Fachstelle Gender & Diversität NRW
Limbecker Platz 7

45127 Essen

Tel: 02 01 / 18 50 88 0

https://www.gender-nrw.de/home_new/fuma-fortbildungen/rassismuskritikkritisches-weisssein/#

■ **Antinationales Sommercamp**

Termin: 31. Juli bis 4. August 2019

Ort: Hannover

Info:

Junge Linke Niedersachsen e. V. und die Gruppen gegen Kapital und Nation

anmeldung-sc-nord@gegen-kapital-und-nation.org

<http://gegner.in>

■ **Workshop „Die Schwierigkeit, nicht in kulturellen Schubladen zu denken und zu handeln: Grundlagen der Anti-Bias Bildung“**

Termin: 15. und 16. August 2019

Ort: Bad Bevensen

Infos:

Zentrum für soziale Inklusion, Migration und Teilhabe

Europaring 26

53123 Bonn

Tel: 02 28 / 42 28 29 2

office@zsimt.com

<https://www.zsimt.com/>

■ **Fachtagung „Mehr als nur zur Wahl gehen... Formate politischer Bildung in Prävention und Sozialarbeit“**

Termin: 5. September 2019

Ort: Halle an der Saale

Info:

Miteinander e. V.

Erich-Weinert-Straße 30

39104 Magdeburg

Tel: 03 91 / 62 07 73

tagung@miteinander-ev.de

<https://www.projektgegenpart.de/index.php/9-news/1640-mehr-als-nur-zur-wahl-gehen-formate-politischer-bildung-in-praevention-und-sozialarbeit>

https://www.projektgegenpart.de/images/bilder/2019/news/Flyer_Mehr_als_nur_zur_wahl.pdf

■ **Save-the-date Sommerakademie „Diversitätsorientierte Organisationsentwicklung umsetzen & reflektieren“**

Termin: 11. September 2019

Ort: Berlin

Info:

RAA Berlin

Tel: 0 30 / 24 04 51 00

info@raa-berlin.de

www.raa-berlin.de

■ **Fachtag „Grenzen der politischen Bildung“**

Termin: 12. September 2019

Ort: Berlin

Info:

Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland e.V. und Bildungsforum gegen Antiziganismus

Tel: 0 30 / 30 30 80844

beratung@gesichtzeigen.de

■ **Seminar „Haltung! – das etwas andere Handlungstraining zum persönlichen Umgang mit rechten Parolen“**

Termin: 13. bis 15. September 2019

Ort: Bonn

Info:

Arne Cremer

Friedrich-Ebert-Stiftung

Landesbüro NRW

Godesberger Allee 149

53175 Bonn

Tel: 02 28 / 88 37 20 2

arne.cremer@fes.de

<https://www.fes.de/landesbuero-nrw/artikel-seite-landesbuero-nrw/haltung-zeigen-das-etwas-andere-haltungstraining-zum-persoelichen-umgang-mit-rechtspopulismus-1/>

■ **Save-the-date Fachtag „Mehr als Repräsentation – Organisationen rassismuskritisch gestalten“**

Termin: 19. September 2019

Ort: Berlin

Info:

DeutschPlus e.V. – Initiative für eine plurale Republik

Oranienburger Straße 23

10178 Berlin

Kerstin Meyer

Projektleitung ACT

Tel: 0 15 77 / 38 69 13 4

kerstin.meyer@deutsch-plus.de

Derya Binişik

Projektreferentin ACT

Tel: 0 15 77 / 38 69 13 4

derya.binisik@deutsch-plus.de

■ **IDA-Workshop Diversität „Diskriminierungssensible Beschwerdeverfahren in Jugendverbänden“**

Termin: 20. bis 22. September 2019

Ort: Hannover

Info:

Sebastian Seng

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit e. V. (IDA)

Volmerswerther Str. 20

40221 Düsseldorf

Tel: 02 11 / 15 92 55-65

sebastian.seng@idaev.de

www.IDAeV.de

■ **Fortbildung „Der Anti-Bias-Ansatz – Vorurteilsreflektierte Pädagogik mit Kindern von 6 bis 10 Jahren“**

Termin: 23. und 24. September 2019

Ort: Essen

Info:

FUMA Fachstelle Gender & Diversität NRW
Limbecker Platz 7

45127 Essen

Tel: 02 01 / 18 50 88 0

fachstelle@gender-nrw.de

https://www.gender-nrw.de/home_new/fuma-fortbildungen/der-anti-bias-ansatz/

■ **Save the Date „Vom FÜR zum MIT. Zugänge von jungen Geflüchteten in die Mitwirkungsstrukturen der Jugendverbandsarbeit“**

Termin: 25. September 2019

Ort: Berlin

Info:

Landesjugendring Berlin e.V.

Jaqueline Kauka

Referentin für Jugendverbandsarbeit mit jungen Geflüchteten

Projektreferentin Jugendmigrationsbeirat
Berlin

Obentrautstr. 57

10963 Berlin

Tel: 0 30 / 81 88 61 02

kauka@ljrberlin.de

www.ljrberlin.de

■ **Tagung „Neutralität ist auch keine Lösung! Politische Bildung und politisches Handeln in Zeiten wachsender Polarisierungen“**

Termin: 25. bis 27. September 2019

Ort: Heppenheim

Info:

Haus am Maiberg

Akademie für politische und soziale Bildung im Bistum Mainz

Ernst-Ludwig-Str. 19

64646 Heppenheim

Alexander Mack

Tel: 0 62 52 / 93 06 13

a.mack@haus-am-maiberg.de

<https://www.haus-am-maiberg.de/veranstaltung/abschlusstagung/>

■ **Fortbildung „Eine Einführung in die dekoloniale Pädagogik als vorurteilsbewusste Praxis“**

Termin: 26. September 2019

Ort: Berlin

Info:

Olenka Bordo Benavides

ISTA Institut für den Situationsansatz, Bereich KINDERWELTEN, Fachstelle Vorurteilsbewusste Bildung und Erziehung

Muskauer Str. 53

10997 Berlin

https://situationsansatz.de/eine-einfuehrung-in-die-dekoloniale-paedagogik-als-vorurteilsbewusste-praxis_2019.html

■ **IDA-NRW Jubiläumstagung : Allianzen bilden in der gespaltenen Migrationsgesellschaft?**

Termin: 27. September 2019

Ort: Düsseldorf

Info:

IDA-NRW

Landesweite Fachstelle zu Rassismuskritik und Rechtsextremismusprävention

Volmerswerther Straße 20

40221 Düsseldorf

Tel: 02 11 / 15 92 55 5

Info@IDA-NRW.de

<https://www.ida-nrw.de/veranstaltung/register/result/reguid/hmac/ida-nrw-jubilaumstagung-allianzen-bilden-in-der-gespaltenen-migrationsgesellschaft/>

■ **Train-the-Trainer*in „Qualifizierung als Trainer_in für rassismuskritische Mädchenarbeit“**

Termin: 27. und 28. September 2019

Ort: Wuppertal

Info:

LAG Mädchenarbeit

Landesarbeitsgemeinschaft Mädchen*arbeit in NRW e.V.

Robertstr. 5a

42107 Wuppertal

Tel: 02 02 / 75 95 04 6

lag@maedchenarbeit-nrw.de

<http://www.maedchenarbeit-nrw.de/lag/termine-infos.html>

■ **Fortbildung „Einführung in den Ansatz der Vorurteilsbewusste Bildung und Erziehung“**

Termin: 27. und 28. September 2019

Ort: Berlin

Info:

Astrid Grabner

ISTA Institut für den Situationsansatz, Bereich KINDERWELTEN, Fachstelle Vorurteilsbewusste Bildung und Erziehung Muskauer Str. 53

10997 Berlin

https://situationsansatz.de/einfuehrung-in-den-ansatz-der-vorurteilsbewussten-bildung-und-erziehung_2019.html

■ **Blended-Learning: #connect – Qualifizierungsreihe zur gender- und diversitäts-reflektierten Pädagogik im Kontext von Flucht und Migration**

Termin: 30. September bis 21. November 2019,
Präsenztage: 30. September, 24. Oktober und
21. November 2019

Ort: Essen und Online

Info:

FUMA Fachstelle Gender & Diversität NRW

Limbecker Platz 7

45127 Essen

Tel: 02 01 / 18 50 88 0

fachstelle@gender-nrw.de

[https://www.gender-nrw.de/digitale-lernwelten/
connect-qualifizierungsreihe/](https://www.gender-nrw.de/digitale-lernwelten/connect-qualifizierungsreihe/)

Die IDA-Infomail erscheint mehrmals jährlich und wird herausgegeben vom

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit e. V. (IDA)

Volmerswerther Str. 20

40221 Düsseldorf

Tel: 02 11 / 15 92 55-5

Fax: 02 11 / 15 92 55-69

Info@IDAeV.de

www.IDAeV.de

Redaktion: Sebastian Seng, Leonie Fischer, Serçe Berna Öznarçıçeği

V.i.S.d.P.: Ansgar Drücker

Informationen ohne Quellenangabe sind unterschiedlichen Mitglieds- oder Verbandszeitschriften, Websites sowie Pressemeldungen entnommen. IDA e. V. ist anerkannt als gemeinnütziger Verein durch das Finanzamt Düsseldorf-Süd, Steuer-Nummer: 106/5748/1122, als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 KJHG, als Träger der politischen Erwachsenenbildung und wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

ISSN 1611-8952

Datenschutz

Wir haben zum Versenden der Infomail Ihre E-Mailadresse (und ggf. weitere personenbezogene Daten) gespeichert. Wir nutzen die gespeicherten Kontaktdaten nur, um Ihnen die Infomail zukommen zu lassen.

Wenn Sie die Infomail nicht mehr von uns erhalten möchten, können Sie diese jederzeit abbestellen, indem Sie uns eine formlose E-Mail an Info@IDAeV.de senden. Wir werden die Adresse dann aus dem Verteiler entfernen.